

SP-Telegramm

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Als einzige Partei hat die SP auf den Militärputsch in der Sowjetunion am 19. August nicht nur sofort, sondern auch mit einer Spur Hoffnung reagiert. Die SP Schweiz hat selbstverständlich den Putsch als reaktionäre Aktion von Rechtsausen-Kommunisten und Ewiggestrigen verurteilt. Wir haben uns aber auch solidarisch erklärt mit dem sich sofort abzeichnenden zivilen Ungehorsam und zum gewaltfreien Widerstand aufgerufen. Bundeshaus-Auguren haben etwas müde gelächelt. Schliesslich hat unser Optimismus zwei Tage später Recht bekommen. Die bereits organisierte Spontan-Demonstration zusammen mit dem Gewerkschaftsbund vor der Sowjetbotschaft musste nicht mehr stattfinden.

*

In der Schweiz scheint der kalte Krieg hingegen noch nicht zu Ende. Die Initiative «40 Waffenplätze sind genug» gegen den Kasernen-Neubau in Neuchâten-Anschwilten ist innert Rekordzeit zustande gekommen. Doch das scheint höhererorts nicht weiter Eindruck zu machen. Anfangs September hat Bundesrat Kaspar Villiger den Baubeginn angeordnet. Die SP hat sich deutlich dagegen ausgesprochen und von Steuergeldverschleuderung sowie demokratiewidrigem Vorgehen gesprochen. Die Initiative hat gute Chancen vor dem Volk. Erinnern wir uns an Rothenturm. Dann wäre das Geld bereits ausgegeben und erstellte Bauten müssten wieder beseitigt werden. Deshalb hat die SP im Bundeshaus verlangt, die Initiative sofort dem Volk zu unterbreiten. Leider ohne Erfolg.

*

Mit einem Konzept ist die SP anfangs September für die Berggebietsförderung an die Presse gelangt. Es geht dabei vor allem um regionalpolitische Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze. Alle sprechen vom Berggebiet und wenige tun etwas dafür. Mit unsere Initiative sind wir auch die einzigen, die eine effektive Politik gegen

den Abbau von EMD-Stellen in Uri und Berner Oberland zu bieten haben.

*

SP und CVP haben versucht, die Bundesratsparteien auf ein gemeinsames asylpolitisches Minimalprogramm zu einigen. Ein zügiges und rechtsstaatlich korrektes Verfahren innerhalb von sechs Monaten als wichtige Massnahme, die Aufnahme von Gewaltflüchtlingen sowie die Unabhängige Beschwerdeinstanz gemäss Gesetz. Aber keinerlei Gesetzesänderung, weil nicht nötig. Das ging SVP und FDP zu weit. Sie wollen sich die Option Notrecht und Militär an die Grenze offenhalten. Und vor allem wollen sie im Wahlkampf auf der unsauberen Seite Ellbogenfreiheit. Die humanitären Traditionen unseres Landes sind nur noch einer Hälfte der Bundesratsparteien effektiv viel wert.

*

Der Freisinn propagiert die Marktmiete als Allerheilmittel gegen die Wohnungsnot. Das ist sie natürlich nicht. Im Gegenteil: Die Mietzinsnot würde galoppierend zunehmen. Nach etwa 25% gestiegenen Mieten in den letzten zwei Jahren, würden via Markt alle Altwohnungen nochmals 50 bis 100% teurer. Das hat die SP Schweiz seit dem FDP-Parteitag-Flop immer und immer wieder in verschiedenen Publikationen, Interviews usw. gesagt. Seither will die FDP von ihrem Programm kaum mehr etwas wissen . . .

*

Der Chefredator der Tages-Anzeigers, Viktor Schlumpf, ist auf die Strasse gestellt worden. Problemlösungsorientierter Journalismus droht stromlinienförmigem Publizistik-Marketinggeopfert zu werden. Der SP kann dies nicht gleichgültig sein. Deshalb haben wir und glücklicherweise auch sehr viele Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft protestiert. Leider hat die Redaktion selber eher lau reagiert.

Am 7. September hat in Zürich eine Tagung „Machen Sie Platz Monsieur“ stattgefunden. SP-Frauen haben zusammen mit Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland einen Tag lang darüber gesprochen, wie die gleiche Vertretung der Geschlechter in politischen Gremien zu erreichen ist. Die Tagung war auch mit Blick auf den Wahlherbst ein voller Erfolg.

*

Die SP Schweiz war immer für die NEAT. Nur eine moderne Bahninfrastruktur wird es erlauben, die Transitgüter auf die Schiene zu bringen. Im Zusammenhang mit der Beratung in den Räten hat die SP deshalb verschiedentlich die definitive Verlagerung der Güter auf die Bahn verlangt und schliesslich versucht, die Abstimmung im Parlament bis Ende der Transitverhandlungen mit der EG hinauszuzögern. Bundesrat Adolf Ogi bekämpfte diese Politik der Trumpfs in der Hand leider erfolgreich. Hoffen wir, dass er schliesslich nicht auch noch Scherben zusammenkehren muss. Denn 30 Milliarden für die Bahn, ohne eine verkehrspolitische Verlagerung machen wenig Sinn.

*

Die Wirtschaftslage wird täglich schlechter. Die Arbeitslosen nehmen zu. Es gibt bereits über 40 000 davon in der Schweiz. 40 000 zuviel findet SP-Nationalrat Ernst Leuenberger und hat deshalb im Auftrag der Fraktion eine dringliche Interpellation eingereicht, welche vom Bundesrat vorsorglich Beschäftigungsprogramme verlangt. Aber nicht wieder Militärfahrzeuge und anderes unnützes Zeug, sondern vielmehr Investitionen beim Energiesparen oder im Wohnungsbau und beim Umweltschutz. Das gibt sinnvolle und zukunftsträchtige Arbeit.